

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 120408  
Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 pbbn d

## Inhalt

Klaus von Dohnanyi, Erster  
Bürgermeister von Hamburg,  
mahnt nach der Selbstver-  
brennung von Semra Ertau:  
Nicht durch Schweigen mit-  
schuldig werden.

Seite 1

Annemarie Renger MdB zum  
25. Todestag von Louise  
Schroeder: An erster Stel-  
le.

Seite 3

Karl-Heinz Hiersemann MdL:  
Wehrsportgruppe Hoffmann  
sammelt sich.

Seite 4

Horst Peter MdB: Nicht  
Über, sondern mit Auslän-  
dern reden!

Seite 6

Egon Lutz MdB: Der Mai war  
auf dem Arbeitsmarkt kein  
Wonnemonat.

Seite 7

Hermann Schätz MdB ist für  
eine Änderung der Ausbil-  
der-Eignungsordnung: Die  
Berufschancen der gebur-  
tenstarken Jahrgänge müs-  
sen Vorrang haben.

Seite 8

Georg Bamberg MdB: Wer  
es mit der Jugend ernst  
meint, muß die Kriegs-  
dienstverweigerung neu  
regeln.

Seite 9

37. Jahrgang / 103

2. Juni 1982

Nicht durch Schweigen mitschuldig werden

-----  
Ausländerfeindlichkeit lenkt von eigentlichen Problemen ab

Von Dr. Klaus von Dohnanyi  
Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg

Die Nachricht von der Selbstverbrennung der jungen Türkin Semra Ertau hat mich persönlich tief betroffen. Es muß aber auch alle Bürger unserer Stadt betroffen machen, daß ein solcher Vorgang bei uns möglich ist. Diese Verzweiflungstat ist eine Mahnung an uns alle. Wir werden deshalb alles daran setzen, daß die neonazistische Liste für Ausländerstop HLA die Ausländerfeindlichkeit nicht schüren und bei den Bürgerschaftswahlen am kommenden Sonntag daraus Kapital schlagen kann.

Wer die Flugblätter dieses NPD-Ablegers und seine Aufrufe liest, wird in fataler Weise an die völkische Propaganda und den Antisemitismus der zwanziger und dreißiger Jahre erinnert. Ich möchte einige Zitate in die Erinnerung heben, damit die Parallelität des Geschehens von vor fünfzig Jahren nicht verlorengeht. Zur Begründung des Antisemitismus hieß es damals zum Beispiel in einem Zitat:

"Es ist ja ihre Täuscherlehre,

die die Gleichheit alles dessen verkündet, was Menschen-  
antlitz trägt. Wo wir Deutsche allerdings dabei hinkom-  
men, das bleibt sich bei aller Gleichheit gleich: Woh-  
nungsnot in Stadt und Land, wohin wir schauen, und  
dennoch Masseneinwanderung von Juden nach Deutschland.  
Sind wir Deutsche das Aas für gierige Wüstengeler? Kei-  
ne deutsche Regierung wagt es, die Juden abzuschieben."

Ein schrecklicher Text, wenn man weiß, was darauf später erfolgt ist. Und wenn man hört, wie ähnlich er manchem klingt, was wir von Gruppierungen wie der NPD heute wieder hören. Die Schlußfolgerungen lauteten damals:

"Wer mit uns für ein Hauptziel zur Lösung der Judenfrage eintritt, wer mit uns rücksichtslos Abschluß der Reichsgrenzen gegen jüdische Zuwanderung und Abschub aller lästigen Ausländer will",



der war den völkischen Propagandisten von damals recht. Dann derselbe Vorwurf gegen die Regierung, den wir heute hören. Das ist wieder ein Zitat:

"Die Regierung tut nichts, um die Einwanderung der Ostjuden, die die Wohnungsnot hervorrufen, Krankheit und Seuche einschleppen, unser wirtschaftliches und kulturelles Leben zu vernichten drohen, zu verhindern."

Dieselbe Sprache.

Wer sich an diese Hetze erinnert, muß sich leider auch daran erinnern, wie wenig Mut und wieviel klammheimliche Komplizenschaft die völkischen Hetzer damals bei gewissen Teilen unserer Mitbürger fanden. Eine Passage aus einem Artikel über den Antisemitismus von Max Warburg aus der "Central-Vereinszeitung" vom 26. Januar 1933 - also wenige Tage vor der Machtübernahme von Adolf Hitler gibt darüber Aufschluß:

"Den Irrenden und Unwissenden müssen wir verzeihen, nicht aber jenen, die um die Wahrheit wissen, den Mut jedoch nicht finden, offen gegen die Schanda des Antisemitismus aufzutreten. Nicht jenen, die sich mit schwachen, vorsichtig formulierten Anstandserklärungen einem offenen Bekenntnis entziehen. Sie trifft unsere Verachtung, und wir empfinden als Deutsche Scham über solchen Mangel an ritterlichem Mut. Es genügt nicht"

- so schrieb Max Warburg damals -,

"einzelnen Juden ganz leise zuzuflüstern, daß man kein Antisemit sei oder daß man in diesem Falle in seinem Antisemitismus mit einigen Juden eine Ausnahme mache. In dem beklagenswerten Zustand der Verketterung und Verwirrung wird das deutsche Volk niemals die wahren Keime seines Unglücks finden."

Soweit Max Warburg 1933, wenige Tage vor Hitler. Dasselbe gilt auch heute für die aufkeimende Ausländerfeindlichkeit. Auch sie löst nicht unsere Probleme, auch sie lenkt nur ab von den wirklichen Problemen.

Diese Hetze darf es nie wieder geben. Wir müssen auch einig darin sein, daß es stille Komplizenschaft nie wieder geben darf. Es genügt nicht, leise zu sagen: Ich persönlich habe nichts gegen Türken. Es kommt heute darauf an, daß jeder offen auftritt gegen die Ausländerfeindlichkeit, die sich breit macht. Wir dürfen nicht mitschuldig werden durch Schweigen. Wir dürfen uns nicht ansehen, was von anderen veröffentlicht und gesagt wird, ohne zu widersprechen, und wir müssen uns gelegentlich umsehen, wer politisch plötzlich ungewollt hinter oder neben uns geht, wenn wir schweigen zu dem, was gesagt wird. Wir müssen die Gefahr spüren, die für unseren Staat in einem parteipolitischen Mißbrauch der Ausländerfrage liegt.

(~/2.6.1982/ks/ca)

+ + +



An erster Stelle  
-----

## Gedenken an Louise Schroeder zu ihrem 25. Todestag

Von Annemarie Renger MdB  
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Am 4. Juni 1982 jährt sich der 25. Todestag von Louise Schroeder. Viele Menschen werden sich noch daran erinnern, mit welcher bewundernswerten Leistung Louise Schroeder 1947/48 das Amt des Regierenden Bürgermeisters von Berlin ausübte, nachdem die damalige sowjetische Besatzungsmacht die Wahl Ernst Reuters zum Regierenden Bürgermeister nicht anerkannt hatte.

Verfolgt von der Nazidiktatur, viernmal ausgebombt und 1945 auf 84 Pfund abgemagert, wurde sie über Nacht vor die Aufgabe gestellt, Berlin in seinen schwersten Nachkriegsjahren zu regieren. Mit politischer Sensibilität und einer sie ihr ganzes Leben lang auszeichnenden menschlichen Wärme hat sie in diesen Jahren für die Interessen Berlins, nicht zuletzt für die "Trümmerfrauen" gestritten und den Wiederaufbau eingeleitet. Sie wurde zu einem Symbol dieser Stadt.

Was hat diese Frau so stark gemacht? Aus einfachsten Familienverhältnissen kommend, hatte sie in ihrer Vaterstadt Hamburg sehr früh erkannt, daß man die Situation der Arbeiter nur verändern könne, wenn man sich solidarisch zusammenschließt und Männer und Frauen gemeinsam für soziale Gerechtigkeit und demokratische Staats- und Gesellschaftsformen kämpfen. Dazu brauchte man Mut und Optimismus.

So zog sie 1919 als eine der ersten Frauen für die Sozialdemokraten in die Verfassungsgebende Nationalversammlung und in den Deutschen Reichstag ein. Zusammen mit Marie Juchacz gründete sie die Arbeiterwohlfahrt und wirkte entscheidend dabei mit, die völlig rückständige Sozialgesetzgebung des abgewirtschafteten Kaiserreichs zu ersetzen, an die dann später unsere Sozialgesetzgebung wieder anknüpfen konnte.

Auf Frauen wie sie konnte man 1949, als der Deutsche Bundestag konstituiert wurde, gar nicht verzichten. Es war nur selbstverständlich, daß sie Mitglied unseres Parlaments wurde und in der Folge auch der Beratenden Versammlung des Europarates in Straßburg angehörte. Louise Schroeder, Marie-Elisabeth Lüders und Helene Weber waren die großen Vorbilder für die Frauengeneration, die nach 1945 aktiv in die Politik einstieg. Louise Schroeder ist untrennbar mit der Geschichte der Sozialdemokratie verbunden, die für die besten Traditionen unseres Landes steht.

So schrieb 1956 Paul Löbe, der ehemalige Präsident des Deutschen Reichstages und ihr Mentor, zu ihrem 70. Geburtstag: "Unter den deutschen Frauen, die nach dem Zusammenbruch 1945 in sichtbare Stellungen der politischen Führung und der öffentlichen Verwaltung aufrückten, wird an erster Stelle immer der Name von Louise Schroeder genannt werden." Das gilt auch heute noch genauso. (-/2.6.1982/bgy/ca)

+ + +



Wehrsportgruppe "Hoffmann" sammelt sich  
-----  
"Stahlhelm" in Ingolstadt gerät ins Zwielficht

Von Karl-Heinz Hiersemann MdL  
Sicherheitspolitischer Sprecher und  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im bayerischen Landtag

Die "Wehrsportgruppe Hoffmann" ist verboten. Das reicht offenbar für das bayerische Innenministerium. Was die Mitglieder jetzt machen, ist völlig uninteressant. Dabei gibt es nach dem Oktoberfest-Attentat, aber auch nach den Waffenfunden in der Hoffmann-Villa fürwahr genügend Gründe, die ehemaligen Hoffmann-Leute weiter zu beobachten - nicht zuletzt, weil auch nach Erkenntnissen des bayerischen Innenministeriums die Bereitschaft, Gewalt anzuwenden, auf der ultrarechten Seite wächst.

In der Ingolstädter "Stahlhelm-Gruppe" sind nun drei Mitglieder der Hoffmann-Leute aufgetaucht. Deren Vorsitzender ist der Restaurator im städtischen Archiv, Hartwig Friedrich, Mitglied der CSU und aktiv in dessen wehrpolitischem Arbeitskreis. Und Friedrich hat gar keine Bedenken, daß diese Leute zu seiner Organisation gehören: Um radikale Leute "auszusieben", führt man bei der Aufnahme in den "Stahlhelm" ein Aufnahmeverfahren durch. Wobei es allerdings interessant wäre zu erfahren, wie denn radikale Absichten so leicht zu erkennen sind und wie dieses Prüfverfahren aussieht. Wenn Herr Friedrich dies den bayerischen Sicherheitsbehörden mitteilen würde, wäre es für deren Arbeit sicher eine große Hilfe.

Nun - "Es sind gute Leute", charakterisierte der CSU-Wehrpolitiker Friedrich die Hoffmann-Leute, der mit seiner Gliederung offenbar die gleichen Nachwuchssorgen hat wie der "Stahlhelm" überhaupt. Zugleich ist es aber für Friedrich völlig unverständlich, daß er jetzt auf einmal in die "braune Ecke" gedrängt wird. Dabei ist der "Stahlhelm" nun wirklich eine recht vorbelastete Organisation: In der Weimarer Republik war er die Veteranen-Vereinigung der Deutsch-Nationalen (wie der "Reichsbanner" bei den Sozialdemokraten oder der "Rote Frontkämpferbund" bei den Kommunisten) und hatte im Oktober 1931 gemeinsam mit der NSDAP gegen die Weimarer Republik und die Demokratie demonstriert. Ihr damaliger Vorsitzender Zelte gehörte dann auch dem ersten Kabinett Hitler an.

Auffallend ist, daß der "Stahlhelm" - eine doch recht zweifelhafte Vereinigung in der rechten Szene - bisher nicht vom Innenministerium überprüft wird. Das Landesamt für Verfassungsschutz gab lediglich die Auskunft: "Der 'Stahlhelm' ist kein Beobachtungsobjekt." Weil der "Stahlhelm" also nicht verfassungsfeindlich eingestuft ist, darf der Vorsitzende auch weiterhin ungestört im öffentlichen Dienst arbeiten. Innendienstlich habe er sich immer völlig unauffällig verhalten, meinte dazu der Ingolstädter Oberbürgermeister Schnell (CSU). Was für die Kritiker der bayerischen Handhabung des "Radikalenerlasses" eine recht interessante Bewertung sein dürfte. Auch die CSU stört die Mitgliedschaft Friedrichs in ihrer Partei und die Mitarbeit in ihrem wehrpolitischen Arbeitskreis nicht. Wohl, weil Friedrich, wie er selbst sagt, "nur historisch-soldatisch" interessiert ist und deshalb selbst auch keinen Wehrsport betreibt. Allerdings eine für die CSU doch recht peinliche Angelegenheit, weil damit Hoffmann-Leute in indirekten Kontakt zur Unions-Wehrpolitik kommen.

Daß der "Stahlhelm" auch unbesehen der Tatsache, daß ehemalige Hoffmann-Leute dort Aufnahme finden, nicht so ganz ohne ist, beweist das Nachrichtenblatt "Der Stahlhelm - Kampfbund für Europa - Landesverband Südbayern - Traditionsträger des Gaus Altmark" vom Mai dieses Jahres. Nicht nur daß der "Landesführer Südbayern", Wolf-



gang Runkel, seine Mitteilungen mit "Front heil!" unterschreibt, nicht nur, daß sich die Mitglieder mit "Vorwärts ans Werk!" grüßen - der Landesverband Südbayern beteiligt sich auch an dem Zwei-Tage-Marsch Salzburg des Österreichischen Kameradschaftsbundes, die Ortsgruppe München, Augsburg, Ingolstadt und Wolfratshausen führen "Appelle" und "kameradschaftliche Treffs" durch mit Vorträgen über die "Waffen-SS" und Vorführungen des Spielfilms "U-Boote westwärts".

Ebenfalls aus diesem Mitteilungsblatt, das der SPD durch den "Pressesendienst Demokratische Initiative" zur Verfügung gestellt wurde, geht hervor, daß der Stahlhelm Mitgliederprobleme hat. So schrieb Runkel: "Im Nachrichtenblatt Februar 1982 hatte ich darauf hingewiesen, daß für den Bestand und den weiteren Ausbau des Stahlhelm die intensive Werbung neuer Mitglieder, insbesondere junger Kameraden unbedingt notwendig ist. Jedes Mitglied soll im Laufe dieses Jahres ein oder zwei neue Mitglieder werben. Leider hat mein Appell bisher noch keine großen Auswirkungen gezeigt. Ich appelliere daher nochmals an alle Kameraden, endlich aktiver zu werden."

Auch mit den Befürchtungen von PDI und SPD setzte sich Runkel auseinander:

"Die letzten Angriffe von einer ganz links stehenden Gruppe auf den Stahlhelm, insbesondere auf die Ortsgruppe Ingolstadt hat gezeigt, daß wir uns gegen diese Angriffe und Verleumdungen ganz energisch zur Wehr setzen müssen. Die Bundesführung hat daher angeordnet, daß Personen, die früher einmal in jetzt verbotenen Organisationen tätig waren, nur nach sorgfältiger Prüfung und Bewährung mit Zustimmung der Bundesführung aufgenommen werden dürfen. Diese Personen sollen keineswegs ins Abseits gedrängt werden. Hier gilt der Grundsatz: Wer ein anständiger und pflichtbewußter Deutscher ist, findet im Stahlhelm immer Aufnahme."

Und anständige und pflichtbewußte Deutsche sind für den Stahlhelm auch die ehemaligen Mitglieder der "Wehrsportgruppe Hoffmann". Nun, auch Strauß und Tandler waren mal der Meinung, daß die Hoffmann-Gruppe harmlos ist. Die Vergangenheit hat jedenfalls das Gegenteil bewiesen.

Daß die Hoffmann-Anhänger Gefallen an Stahlhelm finden, verwundert nicht: Hier finden sie unbeobachtet von allen Sicherheitsorganen, was sie lieben, Gewaltmärsche, Kameradschaftsabende, Treffs, Appelle, Filmvorführungen und Vorträge über die "gute alte Zeit" des "Dritten Reichs". Und dazu "Kameraden", bei denen ihre Ideen sicherlich auf fruchtbaren Boden fallen. Angeblich sollen sich jetzt weitere sieben ehemalige Hoffmann-Leute beim "Stahlhelm" in Ingolstadt beworben haben, womit die Indoktrination dieser Gruppe durch die Hoffmann-Ideen - die ja im ganzen nur 30 Leute umfaßt - sicherlich Tür und Tor geöffnet ist.

Es wäre an der Zeit, daß sich die hayerischen Sicherheitsbehörden endlich einmal um den "Stahlhelm" kümmern. Bevor dort etwas passiert. (-/2.6.1982/bgy/oa)

+ + +



**Nicht über, sondern mit Ausländern reden!**  
-----

**Sozialverantwortliches Handeln setzt viele Gespräche voraus**

**Von Horst Peter MdB**

**Mitglied im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages**

Nachdem die Antwort der Bundesregierung auf die große Anfrage der Koalitionsfraktionen zur Ausländerpolitik vorliegt, ist es an der Zeit, die notwendigen politischen Schlußfolgerungen zu ziehen.

Drei Kernprobleme stehen zur Lösung an: Die inhaltliche Ausfüllung des Integrationsbegriffes, eine sozialverantwortliche Regelung der Familienzusammenführung und eine von dem Ziel her und in den finanziellen Auswirkungen vertretbare Rückkehrförderung der nicht zur Integration bereiteten Ausländer. In allen drei Kernproblemen sind wir in der Gefahr sehr intensiv über Ausländer zu reden, statt mit den Ausländern oder wenigstens den Organisationen, die in ihrer täglichen Arbeit mit Ausländern und ihren Problemen konfrontiert sind.

Wenn man fragt, wie Integration möglich ist, ohne Germanisierungssängste zu fördern, benötigt man das Gespräch mit den Ausländern. Wenn man beispielsweise unsere Vorstellungen von der Stellung der Frau in Familie und Gesellschaft in Deutschland lebenden Türken und ihren Frauen als einen Maßstab für soziale Integration verdeutlichen will, bedarf es vieler behutsamer, auch institutionalisierter Gespräche über Integration mit den Ausländern.

Eine sozialverantwortliche Regelung der Familienzusammenführung ist ohne die Gelegenheit des Kennenlernens des Familienverständnisses der Ausländer, insbesondere der Türken, von Parlamentariern sozialverantwortlich nicht zu entscheiden.

Alle Rückkehrförderung muß bedenken, daß eine Geldprämie die sozialen Folgen der Rückkehr privatisiert. Das gilt sowohl für die Ansprüche, die der Ausländer in unserem System der sozialen Sicherung erworben hat, als auch für die Frage, ob das Geld im Heimatland hilft, Strukturen zu verbessern oder ziellos in den Konsum fließt. Es erinnert fatal an betriebliche Abfindungsprämien, um Arbeitnehmer zur freiwilligen Aufgabe eines Arbeitsplatzes zu bringen. Auch hier ist eine intensive Diskussion mit Ausländern nötig, damit ein geldlicher Anreiz der Rückkehr nicht zur "Abschiedsprämie" wird.

**Fazit 1:** Bevor gesetzliche Regelungen in der Ausländerpolitik getroffen werden, sollte es zu einer Anhörung der mit Ausländerfragen befaßten Organisationen und, wenn es möglich ist, Sprechern der ausländischen Gruppen in der Bundesrepublik kommen.

**Fazit 2:** Kein Thema ist weniger für Wahlkampfauseinandersetzungen geeignet. Es dient der Aktivierung von Vorurteilen bei den Deutschen auf dem Rücken von Teilen der Bevölkerung, die nicht wählen können.  
(-/2.6.1982/ks/ca)

+ + +



**Der Mai war auf dem Arbeitsmarkt kein Wonnemonat**  
-----**Der Rückgang an Arbeitslosen hielt sich saisonunüblich in Grenzen**

Von Egon Lutz MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Die Maizahlen, die der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit Josef Stingl heute dem Bundesarbeitsminister bei seinem ersten offiziellen Besuch in Nürnberg auf den Tisch legen konnte, boten für Heinz Westphal eine wenig trostreiche Lektüre. Zwar wurde mit 1.646.000 Arbeitslosen die 1,7 Millionen des Vormonats deutlich unterschritten, aber saisonüblich wäre ein deutlich fühlbarer Abbau der Arbeitslosigkeit gewesen. Der Rückgang wirkt noch weniger beeindruckend, wenn man zur Kenntnis nimmt, daß die Zahl der gemeldeten offenen Stellen mit derzeit rund 120.000 einen absoluten Tiefstand erreicht hat. Das ganze Gerede um Zumutbarkeit kann man sich sparen, wenn weder zumutbare noch unzumutbare Arbeitsplätze zur Verfügung stehen.

Ja, der Mai war kein Wonnemonat für den Arbeitsmarkt. Und das bestätigt sich in schier jeder Stelle der Statistik. Wer Trost sucht, findet ihn allenfalls in der Position des Abbaus der Jugendarbeitslosigkeit. Hier ging es von fast 136.000 auf nurmehr 125.000 im Mai einen deutlichen Schritt nach unten. Die Arbeitslosenquote bei den Jugendlichen ist mit 5,8 Prozent gegenüber 6,9 Prozent der Gesamtarbeitslosigkeit deutlich niedriger. Und das dürfte sich im Juni fortsetzen.

Sehr viel weniger Bewegung allerdings ist wiederum auf dem Teilarbeitsmarkt für Schwerbehinderte zu verzeichnen. Nicht einmal 900 konnten im Mai zusätzlich vermittelt werden. 108.000 Schwerbehinderte sind nach wie vor ohne Beschäftigung. Bei der Arbeitslosigkeit der über 59jährigen greifen die Änderungen des Arbeitsförderungs-Konsolidierungsgesetzes offensichtlich. Hier ging die Zahl der Arbeitslosen von 93.731 auf 92.000 zurück. Wenn man die Vergleiche zum Mai des Jahres 1981 zieht, dann fällt sofort auf, wie nachhaltig der Arbeitsmarkt konjunkturell und strukturell geschädigt ist. Die Zahl der offenen Stellen ist geradezu halbiert worden. Die Statistiker der Bundesanstalt müssen schon in die frühen 50er Jahre zurückgreifen, wenn sie eine vergleichbare Situation in Erinnerung rufen wollen. Im Mai 1981 lag die Arbeitslosenquote bei den Männern bei 3,8 Prozent, in diesem Jahr sind es 6,1 Prozent. Sind im Mai 81 6,3 Prozent der erwerbstätigen Frauen ohne Beschäftigung gewesen, so waren es im abgelaufenen Monat 8,1 Prozent. Und so geht das Position für Position. Saisonbereinigt wird man von einer Arbeitslosigkeit von 1,8 Millionen ausgehen müssen. Das ist exakt das, was in den neuen Jahresrechnungen der Bundesanstalt für Arbeit eingestellt worden ist.

Das sich nirgendwo eine Wende abzeichnet und eher von einer Verfestigung der Trends ausgegangen werden muß, ist man kein Pessimist, wenn man für den Winter '82 ein Überschreiten der Zwei-Millionen-Grenze bei den Arbeitslosenzahlen weissagt. Das macht deutlich, wie unverzichtbar beschäftigungspolitische Aktivitäten des Bundes, aber auch der Länder und der übrigen Gebietskörperschaften sind. Die Statistik muß auch die Bundesbank mahnen, auf geldpolitischem Sektor einen Zahn zuzulegen und die Fesseln der Hochzinspolitik zu lockern. Für alle am Wirtschaftsleben Beteiligten muß klar werden, daß eine Verstärkung der Arbeitslosigkeit nicht nur ins Geld geht, sondern zu nachhaltigen Schädigungen bei den Betroffenen selbst, aber auch der Volkswirtschaft führt. Man kann dies nicht oft genug sagen, in der Hoffnung, daß endlich einmal auch die Neokonservativen in dieser Republik die Zeit zum beschäftigungspolitischen Handeln bekommen halten.

Daß der Markt mit der Beschäftigungskrise nicht fertig wird, bestätigen die Mai-Daten der Arbeitslosenstatistik auf eindrucksvolle Weise. (-/2.6.1982/ks/ca)

+ + +



Für eine Änderung der Ausbildereignungsverordnung  
-----

Die Berufschancen der geburtenstarken Jahrgänge müssen Vorrang haben

Von Hermann Schätz MdB

Mitglied im Bundestagsausschuß für Bildung und Wissenschaft

Angesichts der schwierigen Arbeitsmarktsituation für Jugendliche und der Notwendigkeit, die auf dem Stellenmarkt entstandene Lücke an qualifizierten Arbeitskräften zu schließen, kommt dem Ausbildungssystem eine immer größere Bedeutung zu.

Diese Aufgabe ist kurzfristig nur über eine Änderung der Ausbildereignungsverordnung zu lösen. Das Berufsbildungsgesetz Paragraph 20 schreibt vor, daß diejenigen, die Jugendliche ausbilden, neben den dazu erforderlichen Fachkenntnissen auch arbeitspädagogische Fähigkeiten nachweisen müssen. Dies ist bisher nicht bei allen Ausbildungsstätten geschehen. Besonders betroffen sind davon die Hotel- und Gaststättenbetriebe sowie der Einzelhandel. Ausbilder ohne Nachweis der arbeitspädagogischen Einigung könnten ab 1983 keine neuen Auszubildenden mehr einstellen, sofern nicht die Ausbildereignungsverordnung ein weiteres Mal verlängert wird.

Deshalb kann nur eine Änderung dieser Verordnung mit der Zielrichtung, daß Ausbilder, die in den letzten fünf Jahren vor dem 31. Dezember 1984 ohne wesentliche Unterbrechnung mit Erfolg und ohne Beanstandung ausgebildet haben, auf Antrag von dem erforderlichen Nachweis befreit werden.

Die Bemühungen der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion und des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft werden hoffentlich möglichst schnell zum gewünschten Erfolg führen. Die Sicherung der Bildungs- und Berufschancen der geburtenstarken Jahrgänge hat absoluten Vorrang! Es darf angesichts der derzeitigen schwierigen Ausbildungsplatzsituation kein einziger möglicher Ausbildungsplatz verloren gehen.

Ab 1985 allerdings muß von jedem Ausbilder - außer den auf Antrag befreiten - die erforderliche Zusatzqualifikation verlangt werden; andernfalls sollte er keine Auszubildenden mehr einstellen dürfen.

Bildungspolitik besteht nicht allein in der materiellen und ideellen Versorgung von Schülern und Studenten. Die drastischen Zahlen des bundesdeutschen Arbeitsmarktes verdeutlichen allmonatlich die Notwendigkeit mehr Initiative und Engagement in die Berufsbildungspolitik zu investieren. Das Berufsbildungsgesetz ist dafür die wichtigste Voraussetzung.  
(-/2.6.1982/ks/ca)

+ + +



### Prüfstein der Glaubwürdigkeit

---

Wer es mit der Jugend ernst meint, muß die Kriegsdienstverweigerung neu regeln

Von Georg Bamberg MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit

Daß man dem "Jugendprotest im demokratischen Staat" mit einer Bundestagsdebatte oder mit einer "Jugendfragestunde" im Bundestag gerecht wird, wird nur derjenige bejahen, der sich bereits so weit von der Jugend entfernt hat, daß er meint, allein die Tatsache, daß sich das Hohe Haus der Jugend andient, würde diese vor Ehrfurcht erblassen lassen. Nein, die kritische Jugend hat ein natürliches Gespür für im Grunde genommen lästige Routine-Reden, bei denen der fatale Beigeschmack bleibt, daß - wie geschehen - eigene Profilierung nach Kohl-Muster die eigentliche Ursachen überlagert.

Will man einen Hauch der zum Teil verspielten Glaubwürdigkeit bei großen Teilen der Jugend zurückgewinnen, so ist der in diesem Protest zum Ausdruck kommende, durch handfestes politisches Desinteresse an den Sorgen junger Menschen meßbare Vertrauensbruch nur durch praktische Politik zu korrigieren.

An einer schnellen Änderung des Anerkennungsverfahrens für Kriegsdienstverweigerer wird zum Beispiel meßbar, wie ernst wir es mit dem Jugendprotest im demokratischen Staat meinen. Soll denn die Jugend nicht protestieren, wenn das Anerkennungsverfahren in der Praxis zum Anerkennungs-Verhinderungs-Verfahren ausartet, wenn oft Gesinnungsschnüffeleien anstelle eines demokratischen Verfahrens tritt?

Wenn Fragen gestellt werden wie: "Wer außer den Russen sollte uns denn angreifen?", wenn auf plausible Antworten entgegnet wird: "Gut gewachsene Menschen wie Sie haben in der Bundeswehr zu dienen", oder: "Auch die großen Atomwaffenarsenale bedeuten keine Kriegsgefahr; dies sagt sogar der bayerische Ministerpräsident". Und wenn die bescheidene Anmerkung eines Antragstellers, was denn Fragen über den Aufbau der Bundeswehr oder über den genauen Zeitpunkt der getroffenen Gewissensentscheidung mit dem Gewissen selbst zu tun hätten, die schroffe Aufklärung zur Folge hat, daß hier ausschließlich mit "ja" oder "nein" zu antworten ist, soll da denn die Jugend nicht protestieren?

Aus meiner langjährigen Praxis als Beisitzer in einem Anerkennungsausschuß bin ich immer mehr betroffen, wie man oft mit jungen Menschen umgeht, die nichts anderes tun, als von ihrem grundgesetzlich verbürgten Recht Gebrauch zu machen. Sicher ist es schwer, das Gewissen eines Menschen zu prüfen; sicher gibt es manchen, der seine Zweckentscheidung vor das Gewissen stellt. Tatsache bleibt aber, daß das eingebürgerte Verfahren mehr als unzulänglich ist und einer schnellen Änderung bedarf.

Damit die Reden im Deutschen Bundestag zum "Jugendprotest im demokratischen Staat" nicht als Phrasen stehenbleiben, ist eine schnelle Einigung über ein gerechteres Verfahren überfällig, das nach den Vorschlägen der SPD auch sofort möglich ist. Die Basis für die Abschaffung des jetzigen Verfahrens liegt in der Verlängerung der Zivildienstzeit. Dies mag noch nicht der Weisheit letzter Schluß sein, aber in Einbeziehung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts ist es ein Schritt zu mehr Fairneß, ein Versuch auch zu mehr Wehrgerechtigkeit. Wenn überdies sichergestellt ist, daß die verlängerte Zivildienstzeit von jedem Antragsteller in sinnvoller Tätigkeit auch tatsächlich abgeleistet werden muß, wird die zu treffende eigene Gewissensentscheidung vertieft.

Einer Jugend, die man nicht vor allzu langer Zeit aufgefordert hat, mehr Demokratie zu wagen, darf man die Chance dazu nicht nehmen. Ich fordere die Opposition auf, keine weiteren Ausflüchte und Verzögerungen zu betreiben; ich fordere die jungen Menschen in unserem Staat auf, weiterhin kritisch Anspruch und Wirklichkeit mit den Aussagen der Politiker der verschiedenen Parteien zu vergleichen. (-/2.6.1982/ks/ca)

+ + +

